

Für ein erfolgreiches Jahr 2009

Von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.,
Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden

Ein wichtiges Jahr im Ringen um soziale Gerechtigkeit liegt hinter uns. 2008 ist wieder einmal Bewegung in den Kampf um Rentengerechtigkeit gekommen. Mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen in Bund und Ländern haben alle im Bundestag vertretenen Parteien mal wieder die »Alten« entdeckt.

Für ältere Menschen ist es nicht einfach, die parlamentarischen Debatten zu verfolgen, weil man eigentlich nicht weiß, ob das Problem be- oder zerredet werden soll. Immerhin haben wir gemeinsam mit den anderen Sozialverbänden erreicht, dass die Debatte um die Rentenanpassung Ost an West im Bundestag und im Bundesrat angekommen ist.

Das ist sicherlich dem zunehmenden Gewicht der ostdeutschen Problematik in der politischen Auseinandersetzung im Wahljahr 2009 geschuldet. Jetzt kommt es darauf an, gegenüber der Bundesregierung und den Fraktionen im Bundestag aktiv zu bleiben, Rentengerechtigkeit und den Stopp des Sozialabbaus einzufordern. Dabei geht es um die Angleichung der Renten Ost an West, die Beseitigung der Ungerechtigkeiten gegenüber den Bergleuten, den Eisenbahnern, den Postlern, dem mittleren medizinischen Personal, der wissenschaftlichen Intelligenz u.a. aus der DDR sowie die Aufhebung des Rentenstrafrechts.

Die Kandidaten für die zu wählenden Parlamente müssen wir in ihren Wahlveranstaltungen fragen, wie sie die Anpassung der Renten in Deutschland durchsetzen wollen. Dabei werden wir Antworten, wie fehlende Mehrheiten und Berufung auf ihre Parteidisziplin nicht akzeptieren, denn Abgeordnete sind gemäß Grundgesetz Artikel 38 Absatz 1 einzig und allein ihrem Gewissen unterworfen.

ISOR unterstützt das von der Gewerkschaft ver.di entwickelte Konzept »Gerechte Renten in Ost und West«. Es wird vom »Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern« (gebildet von ver.di, der GdP, von Transnet, der GEW, dem BRH, der Volkssolidarität und dem SoVD) getragen, dem sich auch das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) angeschlossen hat.

Das Jahr 2008 wurde auch zum Jahr einer tiefgreifenden, von den USA ausgehenden inter-

nationalen Finanzkrise, der eine weltweite Wirtschaftskrise folgt. Jedermann wird plötzlich das wahre Wesen des Kapitalismus, die ihm eigene hemmungslose Gier und Profitsucht vor Augen geführt. Die Bundesregierung, die monatelang um minimale Rentenerhöhungen gefeilscht hat, stellte den eigentlichen Herrschern des Landes binnen einer Woche die unvorstellbare Summe von 500 Milliarden €, etwa das Anderthalbfache des Jahresetats der BRD zur Verfügung.

Man kann sich der Kritik führender Kirchenvertreter in Deutschland nur anschließen, die mahndend in ihren Weihnachtspredigten mehr soziale Gerechtigkeit und Friedensbemühungen von der Bundesregierung und den Finanzgewaltigen einfordern.

2008 gab es weltweit mehr Kriege als im Jahr zuvor. Die Schaffung und Erhaltung von Frieden ist eine Grundvoraussetzung für die Lösung anstehender sozialer Probleme. In der Welt deuten sich grundlegende Veränderungen an. Der Neoliberalismus erweist sich als untauglich die ökonomischen und sozialen Probleme, vor denen die gesamte Menschheit steht, zu lösen.

Nachdrücklich fordern wir gemeinsam mit den Sozialverbänden und Gewerkschaften eine neue Politik, die

- Frieden und Abrüstung gewährleistet,
- soziale Sicherheit und Gerechtigkeit garantiert,
- mehr Demokratie in Staat und Wirtschaft schafft,
- einen ökologischen Umbau der Gesellschaft vorantreibt und
- eine globale Solidarität aller Völker und Nationen zum Ziel hat.

Bundeskanzlerin Merkel kündigte das Jahr 2009 als ein Jahr schlechter Nachrichten an. Unter dem Druck der anstehenden Bundestags- und Landtagswahlen überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen zur Bekämpfung der heraufziehenden Krise. Noch werden ausschließlich Lösungen zur Rettung des bestehenden Systems gesucht, obwohl immer offenkundiger wird, dass der Kapitalismus weder das Ende der Geschichte noch die Krönung der menschlichen Vernunft darstellt.

Im an Jahrestagen reichen Jahr 2009 ist deshalb auch zu erwarten, dass die Verteufelung

Namens des Vorstandes, der Geschäftsstelle und der Redaktion bedanken wir uns für die anlässlich des Jahreswechsels in das Jahr 2009 übermittelten Glückwünsche, Dankschreiben sowie die zahlreichen Bekundungen der Solidarität und Unterstützung.

Karl-Heinz Hypko,
Geschäftsführer

jeder positiven Erinnerung an die DDR und sozialistische Alternativen neue Dimensionen erreichen wird. Einen Vorgeschmack lieferte der im Dezember abgehaltene Parteitag der CDU.

Wir lassen uns in unserem weiteren Kampf nicht beirren. Die Wahlkämpfe des Jahres 2009 bieten Gelegenheit, unsere Forderungen erneut öffentlich zu erheben. Gemeinsam mit anderen Vereinen und Verbänden werden wir allen Versuchen entgegnetreten, die Folgen der sich verschärfenden Krise auf die Rücken der sozial Schwachen, der Arbeitslosen und Rentner abzuladen.

In den Kampf um die Aufhebung der Bestimmungen der §§ 6 Abs. 2 und 7 AAÜG ist wieder Bewegung gekommen. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsbeschwerde zum § 6 (2) AAÜG angenommen. Wir hoffen, dass das 2005 eiligst zusammengeschusterte Gesetz höchstrichterlich korrigiert wird.

Mit dem Mitte 2008 fertig gestellten sozialwissenschaftlichen Gutachten zu »Einkommensentwicklung und Einkommensstrukturen der hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Vergleich zu Segmenten des so genannten X-Bereiches (NVA und Mdl) und zur Volkswirtschaft« wurde der Weg frei für die Wiederaufnahme von ruhenden Widerspruchs- und Klageverfahren und die Einreichung neuer Klagen.

Mittlerweile sind zahlreiche Musterverfahren auf den Weg gebracht, weitere Verfahren werden vorbereitet. Sie werden gestützt auf langjährige Erfahrungen im juristischen Kampf geführt. Hieraus resultiert auch die nötige Gelassenheit, wenn Klagen zunächst abgewiesen, arrogant behandelt oder für aussichtslos erklärt werden. Kein Gericht wird nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2004 ehemaligen MfS-Angehörigen die ihnen zustehenden Renten zubilligen. Nur das Bundesverfassungsgericht selbst kann seine damalige Entscheidung korrigieren und den Gesetzgeber entsprechend veranlassen. Sinn unserer Verfahren ist deshalb einzig und allein, unser Anliegen erneut dem Bundesverfassungsgericht unterbreiten zu können. Insofern war ein Verfahren am 3. Dezember 2008 vor dem Berliner Sozialgericht ein Erfolg. Die Klage wurde zwar abgewiesen, aber wegen der hohen Anzahl von Betroffenen und der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedeutung die Sprungrevision zum Bundessozialgericht zugelassen.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

Es versteht sich, dass die Argumente gegen die Klage und das vorgelegte Gutachten gewissenhaft analysiert und Schlussfolgerungen für die juristische Argumentation abgeleitet werden.

Gefragt sind jetzt Beharrlichkeit und Geduld. »So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.« (Rosa Luxemburg)

Erneut werden wir von unserem Petitionsrecht Gebrauch machen und uns diesmal mit einer Sammelpetition mit möglichst vielen Unterschriften an den dann neugewählten Bundestag wenden.

Im November 2009 wird satzungsgemäß unsere Vertreterversammlung stattfinden. Die gewählten Vertreter aller TIG werden hier eine erste Bilanz ziehen können, wie unsere politische und unsere juristische Konzeption umgesetzt werden konnten. Viel wird davon abhängen, ob es uns gelingt, neue Mitglieder, vor allem aus den rentennahen Jahrgängen für unsere Initiativgemeinschaft zu gewinnen.

Der Dank gilt allen Mitgliedern von ISOR, die durch ihre Aktivitäten zu unserer bisher erfolgreichen Arbeit beigetragen haben. Er gilt ebenso allen Sozialverbänden und Initiativen für ihre konstruktive und sachliche Unterstützung und Zusammenarbeit. Wir wissen die juristische Unterstützung unserer Rechtsanwälte sowie die sozialwissenschaftliche und verfassungsrechtliche Tätigkeit der Gutachter zu schätzen.

Gestützt auf unsere feste und unerschütterliche Solidarität wird es uns auch 2009 gelingen, in unserem gemeinsamen Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit Erfolge zu erreichen. □

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand diskutierte gemeinsam mit Rechtsanwalt Benno Bleiberg über erste Schlussfolgerungen aus dem Verlauf von zwei Prozessen zum § 7 AAÜG vor dem Sozialgericht Berlin, insbesondere das Verfahren vom 03.12.2008. Die mit der Zulassung der Sprungrevision zum Bundessozialgericht durch ein Gericht anerkannte grundsätzliche Bedeutung der von uns aufgeworfenen Rechtsfragen ist als ein erster Erfolg zu werten.



Der Vorstand billigte den Bericht des Geschäftsführers über die Arbeit der Geschäftsstelle. Er stellte fest, dass die Aufgaben des Arbeitsplanes des Vorstandes für das II. Halbjahr 2008 erfüllt wurden und beschloss die Arbeitsschwerpunkte für das I. Halbjahr 2009.

Pressemeldung

Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern

Mehrere Gewerkschaften und sozialpolitische Organisationen haben sich zu einem Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern zusammengeschlossen. Grundlage wird dabei der von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eingebrachte Vorschlag bilden. Darauf haben sich ver.di, die Gewerkschaften GEW, TRANSNET und GdP sowie der Sozialverband Deutschland (SoVD), die Volkssolidarität und der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) auf einer Fachtagung in Berlin verständigt.

Auch 18 Jahre nach der Deutschen Einheit liegt der Rentenwert (Ost) bei nur rund 88 Prozent des Westniveaus und es ist auf Jahrzehnte nicht absehbar, wann die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse für Rentnerinnen und Rentner erreicht sein wird. Dies sorgt bei den Betroffenen für wachsenden Unmut.

In der Politik wird die Problematik daher gegenwärtig intensiv diskutiert. Gegenstand der Diskussion ist der ver.di-Vorschlag eines »Angleichungszuschlags im Stufenmodell«. Dadurch sollen Leistungen für Ost-Rentnerinnen und -rentner an das West-Niveau angeglichen werden. Zugleich wird sicher gestellt, dass weder die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in Ost und West noch die West-Rentnerinnen und -Rentner belastet werden.

Eine bloße formal-rechtliche, kostenneutrale Vereinheitlichung des Rentenrechts in Deutschland lehnen die Mitglieder des Bündnisses ab. Denn damit würde der derzeitige Rückstand beim aktuellen Rentenwert (Ost) endgültig festgeschrieben und die im Einigungsvertrag versprochene Angleichung aufgegeben.

Die Mitglieder des Bündnisses setzen sich für die Beibehaltung der Hochwertung der Ost-Arbeitsentgelte ein. Eine Abschaffung würde bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern zu gravierenden und dauerhaften Nachteilen bei ihrer Alterssicherung führen. Aufgrund des immer noch deutlich niedrigeren Lohnniveaus in den neuen Bundesländern würden die Betroffenen erheblich geringere Rentenanwartschaften erwerben. Die bereits bestehende Gefahr einer künftig wachsenden Altersarmut in den neuen Bundesländern würde weiter verschärft.

Die Mitglieder des Bündnisses fordern die Politik auf, eine gerechte Lösung zu finden, die die Deutsche Einheit auch im Rentenrecht vollendet und gegebene Versprechen einlöst.

Quelle: Dokumentation der Veranstaltung am 12.12.2008 in der ver.di-Bundesverwaltung

Aus der Arbeit des Sozialen Arbeitskreises Treptow-Köpenick

Von Eberhard Rehling und Karlheinz Wunderlich

Anfang 2008 hat der Soziale Arbeitskreis Berlin-Treptow-Köpenick, in dem die TIG **Treptow** und **Köpenick** aktiv mitwirken, über die Internetplattform des OKV aufgerufen, Petitionen und Briefe an den Bundestag bzw. die Abgeordneten aus den neuen Ländern zu schreiben, um der Forderung nach Angleichung des Rentenwertes-Ost an den aktuellen Rentenwert Nachdruck zu verleihen.

Wir wollten damit auch den Antrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache Nr. 16/6734 – unterstützen, mit dem die Forderung nach schrittweiser Angleichung der Rentenwerte bis 2012 aus Steuermitteln auf die parlamentarische Bühne getragen wurde. Das Echo war groß. Viele Tausende von Betroffenen haben geschrieben.

Im Laufe des Jahres entwickelte sich auf der Internetplattform des OKV ein stets aktualisiertes »Rentenspezial«, das von vielen Seiten ge-

füttert wird. Andere Initiativen wurden bekannt, Argumente und Hinweise ausgetauscht, Hintergründe dargestellt, Vorschläge unterbreitet.

Die außerparlamentarische Bewegung zur Rentenwertangleichung hat 2008 an Breite und Einheitlichkeit zugenommen. Heute ziehen Vertreter der Gewerkschaften und Sozialverbände an einem Strang.

Auf der anderen Seite versuchen Politiker von CDU, CSU, SPD, FDP und B90/GRÜNE, willige Experten und andere »Gurus«, insbesondere in den Medien, die Leute zu verwirren. Sie verbreiten Durchschnittszahlen, die unredlich nicht vergleichbare Ausgangsdaten vergleichen oder konstruieren fiktive Abhängigkeiten.

Die FDP legte im Bundestag einen Antrag »Für ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West« vor, der zunächst den Eindruck erweckt,

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 3

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 2

man sei für eine schnelle Angleichung. In Wirklichkeit würden die Ungerechtigkeitslücken nicht geschlossen, sondern zementiert. Ebenso untauglich ist ein Antrag von B90/GRÜNE.

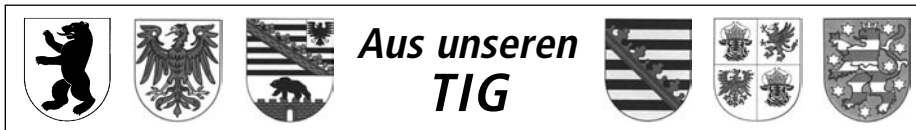
Mit einer kostenneutralen Vereinheitlichung des Rentenrechts in Deutschland, auf die beide Anträge hinauslaufen, würde der derzeitige Rückstand beim aktuellen Rentenwert endgültig festgeschrieben und die im Einigungsvertrag vorgesehene Angleichung aufgegeben.

Die Gewerkschaft ver.di hat das Konzept «Gerechte Renten - in Ost und West» entwickelt, das der Bundestagsvorlage der LINKEN ähnelt. Zu dessen Durchsetzung haben sich im Ergebnis eines Workshops Gewerkschaften (ver.di, GdP, TRANSNET, GEW) BRH, Volkssolidarität und SoVD zu einem Bündnis zusammengeschlossen.

Worauf kommt es jetzt an?

Wir sollten weiterhin gegenüber der Regierung, den Abgeordneten sowie den Fraktionen des Bundestages aktiv bleiben.

Die Rentenfrage gehört in den Wahlkampf. Ausgehend von der Tatsache, dass Rentner und rentennahe Jahrgänge eine der größten Wählergruppen in der BRD sind, sollten wir zu deren Meinungsbildung beitragen sowie ihre politischen Forderungen nach Rentengerechtigkeit laut artikulieren. Von uns gegenwärtigen und den künftigen Rentnern können in unserem ureigensten Interesse nur Kandidaten gewählt werden, die unsere Anliegen vertreten und überzeugend darlegen, wie sie diese durchsetzen wollen. Deshalb heißt es weiter kämpfen, denn »wer nicht kämpft hat schon verloren.« □



Vereint unter dem Dach und mit ihnen, unseren Freunden im »Ostdeutschen Kuratorium der Verbände im Landkreis Harz« war es den TIG Quedlinburg, Wernigerode und Halberstadt-Oschersleben gelungen, den Kundschafter des Friedens Rainer Rupp für ein Forum mit dem Thema »Die neue NATO-Strategie« zu gewinnen.

Im mit 112 Personen überfüllten Saal führte uns ein einstündiger spannender Vortrag von der Anfang der 80er Jahre oft sehr heißen Konfrontation im kalten Krieg der beiden Systeme in Europa und darüber hinaus über die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bis in die Gegenwart.

In der sich anschließenden mehr als zweistündigen Diskussion mit breit gefächerten Fragestellungen ließ Rainer Rupp keine Frage, von den Wirkungsmechanismen der US-Administration, ihrer Dominanz in der NATO, den Aggressionskriegen im ehemaligen Jugoslawien, dem Irak und Afghanistan bis zu den aktuellen Präsidentschaftswahlen in den USA und zu erwartenden Folgen, unbeantwortet. Die Vielzahl oft nicht einfach zu beantwortender Fragen und Diskussionsbeiträge machte deutlich, wie groß das Interesse am Thema der Veranstaltung und darüber hinaus war. Wir können daraus nur eine Schlussfolgerung ziehen, diesen Weg zusammen mit den im OKV vereinten Verbänden und Vereinen und deren Mitgliedern weiter zu beschreiten. Unser besonderer Dank gilt unserem Freund Rainer Rupp, der trotz noch nicht ganz überwundener Erkrankung die Strapazen der Reise von Saarburg nach Halberstadt nicht scheute und der Bereitschaft der Teilnehmer weitere Veranstaltungen durch ihren Beitrag zu unterstützen. Vortrag und Diskussion verdeutlichen, dass die immer wieder verteuflte Arbeit des MfS wichtiger Friedensfaktor war. Wir schöpfen daraus die Kraft in unserem Wirken gegen Diskriminierung, Kriminalisierung und Geschichtsfälschung nicht nachzulassen.

Erich Rogalla, Georg Reif, Jürgen Lippert

☆
Die Jahresabschlussversammlung der TIG Schwerin im Dezember nutzte der Vorstand, um vor den wiederum zahlreich erschienenen Vereinsmitgliedern Bilanz zu ziehen und Ausblick auf das Wahljahr 2009 zu halten. Vorweg sei darauf verwiesen, dass bereits die Themenwahl der bisher durchgeführten zwei Veranstaltungen in 2008 eine wesentliche Grundlage dafür sind, dass sich unsere Mitglieder angesprochen fühlen und aus Erwartungsinteresse den Einladungen nachkommen. Was die Teilnahme anbelangt ist dabei immer zu berücksichtigen, dass nicht wenige unserer Mitglieder im Arbeitsprozess stehen und weitere infolge Alter oder Krankheit den Weg in den Versammlungssaal nicht mehr auf sich nehmen. Darauf hinweisend machte TIG-Vorsitzender Lothar Voigt bereits zu Beginn seiner Ausführungen auf die besondere Verantwortung des aus 11 Mitgliedern bestehenden Vorstandes, der Arbeitsgruppen Struktur, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Soziales sowie unserer 47! Gruppenbetreuer aufmerksam, auch kein einziges Mitglied aus den Augen zu verlieren. Nichts ersetze vor allem das persönliche Gespräch. Überzeugend und mit vielen namentlichen Beispielen belegt, würdigte er das ehrenamtliche Engagement. Ebenso die anerkannte und aufwendige Arbeit unserer Finanzbeauftragten sowie der AG soziale Betreuung. Hierfür gab es ein öffentliches Danke, Blumen und viel Applaus. Und auch das wurde hervorgehoben: Mitglieder unserer TIG sind eine Reihe ehemaliger Angehöriger der NVA, der Grenztruppen, der Zollverwaltung und der DVP, die - obwohl keine Strafrentner mehr - sich aus prinzipiellen, solidarischen und rechtsstaatlichen Gründen aktiv in das Vereinsleben einbringen.

Festzustellen ist – so auch der Grundtenor in der Diskussion – dass unsere TIG im Territorium aufgrund ihres stabilen Bestandes und regen Vereinslebens, der guten Arbeitsbezie-

hungen zu den anderen Sozialverbänden und -vereinen sowie Parteien und Politikern auf unterschiedlichen Ebenen ein anerkannter und berechenbarer Gesprächspartner ist. Die Stabilität unserer TIG manifestiert ebenso, dass bisher 60 % der Klageberechtigten ihre Bereitschaft erklärten, vor Sozialgerichten zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen nach Aufhebung des Rentenstrafrechts zu klagen und dafür der Anwaltskanzlei Bleiberg die erforderlichen Unterlagen und Vertretungsvollmachten übersandten, wie auch die über 2.200 Unterschriften für eine Sammelpetition zu Rentenproblemen an den Bundestag.

Kritisch wurde konstatiert, dass statt der anvisierten 20 bis zum heutigen Tage erst 15 neue Mitglieder gewonnen wurden. Ursache dafür ist, dass es bisher nicht gelang, alle Möglichkeiten unserer TIG für die wesentliche Aufgabe »Mitglieder werben Mitglieder« zu mobilisieren. Alle »Neuen« wurden durch Funktionsträger angesprochen. Einigkeit bestand deshalb darin, an dieser eigenen Vorgabe mit noch größerem Elan festzuhalten. Die AG Struktur stellte hierzu praktikable Wege vor und wird diesen Prozess führen. Einen besonderen Stellenwert werden 2009 die Kommunal-, Europa- und Bundestagswahl sowie der Fortgang, begleitende Aktionen und die Ergebnisse der Prozessführung vor den Sozialgerichten gegen den §7 AAÜG einnehmen.

Karl Bachmann

☆
Jahresausklang im Dezember in der TIG Prenzlau – Vereinsmitglieder und auch meist deren Ehepartner treffen sich zu besinnlichen Stunden bei Kerzenschein, Weihnachtsstollen und duftendem Kaffee. TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenberg erinnert an den Anlass und die Geburtsstunde, die vor 15 Jahren im Mai die ersten Prenzlauer Vereinsfreunde - einige sind heute noch aktiv dabei – zusammenführte, politischer und juristischer Kampf gegen soziales Unrecht gegen staatlich verordnetes Rentenstrafrecht. Ein Thema, das trotz vieler Anstrengungen noch hoch aktuell ist und als Endziel eine endgültige Antwort verlangt. Ein hohes Maß an Solidari-

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 4

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 3

tät, Kontinuität und aktives Handeln, seien ein Markenzeichen der stabil 50 Mitglieder zählenden TIG, so der TIG-Vorsitzende. Zur Bilanz der vergangenen Jahre gehören auch allein die kostenlosen Überprüfungen von 150 Rentenbescheiden durch die AG Recht.

Zustimmung findet die Position des TIG-Vorstandes, auch weiterhin solidarisch für unsere gemeinsame Sache einzutreten. In den Blick rücken dabei Höhepunkte des Jahres 2009, die Neuwahl des TIG-Vorstandes und die zentrale Vertreterversammlung im November in Berlin.

Benno Butschalowski

☆

Am 26.11.2008 führte unsere TIG **Güstrow** ihre immer alle zwei Monate stattfindende Mitgliederversammlung durch. Von den teilnehmenden Mitgliedern wird immer wieder bestätigt, dass diese stets zur Stärkung des Solidaritätsgefühls und der Zuversicht führen, dass wir als Gemeinschaft von Gleichgesinnten unser Ziel im Kampf um Rentengerechtigkeit real erreichen können. Unser Vorsitzender Walter Krüger sprach einen besonders herzlichen Dank an die Betreuer und Kassierer aus, weil ihr Wirken ebenfalls wesentlich dazu beiträgt. Eine bewährte Erfahrung des Vorstandes ist, dass die regelmäßigen Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen bei guter inhaltlicher Gestaltung und guter Organisation zum Zusammengehörigkeitsgefühl beitragen und die Aktivitäten der Mitglieder wesentlich fördern. Man sollte das nie unterschätzen.

Mit besonderem Interesse wurde das Problem der Angleichung der Rentenwerte Ost an West behandelt. Der im ND vom 15./16.11.08 veröffentlichte Artikel von Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, und Dr. Alfred Spieler war dafür die Grundlage. Die bemerkenswert reale Einschätzung der Lage und die Lösungsvorschläge fanden die volle Unterstützung. Der Vorschlag, in absehbarer Zeit aus Steuermitteln und nicht etwa aus Beitragserhöhungen die Angleichung der Rentenwerte vorzunehmen, wurde als realistisch gewertet. Das würde die Binnennachfrage in den neuen Ländern auf jeden Fall erhöhen und wirksamer sein, als Milliarden für die Verursacher der Finanzkrise auszugeben.

Dieser ND-Beitrag ist deshalb so bedeutungsvoll, weil unser Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts eng mit den Bestrebungen der verschiedenen politischen Kräfte und Sozialverbände zur Angleichung der Rentenwerte verknüpft ist.

Hans Wendt

☆

Die Vorsitzende der TIG **Dresden** Charlotte Staudte konnte zu unserer Mitgliederversammlung am 13. Dezember den ISOR-Vorsitzenden Horst Parton sowie Vertreter aller TIG des Landes Sachsen und die Vertreter der mit uns verbündeten Organisationen und Vereine begrüßen. Es

waren ca. 300 Teilnehmer, die den Ausführungen Horst Partons aufmerksam folgten.

Es wird immer sichtbarer, dass eine Überwindung des Rentenunrechts und Rentenstrafrechts nur im juristischen Kampf, gepaart mit gezielten politischen Aktivitäten erreicht werden kann.

Unsere Vorsitzende berichtete über die Anstrengungen zur Gewinnung neuer Mitglieder für ISOR, die uns einige Ergebnisse brachten, aber noch mehr durch alle Mitglieder unterstützt werden müssen.

Der Vorsitzende der Stadtparteiorganisation **DIE LINKE** Muskulus erklärte, die **LINKE** in Dresden stehe an der Seite von ISOR. Wir sollten uns darauf einstellen, dass die Verfälschung der Geschichte der DDR und ihrer Organe zunehmen wird.

Über die Arbeit und den politischen Kampf der anderen TIG zur Stärkung der Organisation und Festigung der Solidarität berichteten Vertreter aus Chemnitz und Bautzen.

Prof. Horst Schneider brachte zum Ausdruck, dass das Rentenstrafrecht eine politische Entscheidung war und nur durch eine politische Entscheidung aufgehoben werden könne.

Der Verlauf der Beratung führte insgesamt zu einem gesunden Optimismus, mit dem wir den Kampf zur Überwindung des Rentenstrafrechts erfolgreich weiter führen.

Andreas Bendel, Günter Wenzel

☆

Mitte November 2008 trafen sich erneut Mitglieder der Territorialen Gruppe Ostvorpommerns unserer TIG **Wolgast** aus Anklam und von der Insel Usedom zusammen mit ihren Ehegatten im Ostseebad Karlshagen zu einer schönen und angenehmen Jahresabschlussfeier. Derartige Zusammenkünfte in geselliger Runde sind sehr wichtig für unseren Sozialverein, denn sie tragen zur Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls wesentlich bei und sind deshalb bei uns auf Usedom schon zur Tradition geworden.

Erneut bekräftigten die Anwesenden ihre Solidarität mit den noch vom politischen Rentenstrafrecht betroffenen Mitgliedern unseres Vereins, würdigten die rentenpolitischen Initiativen der Partei **DIE LINKE** im Deutschen Bundestag und brachten ihren Dank und ihre Anerkennung für die immense und aufopferungsvolle Arbeit unserer Vereinsfreunde in Berlin im vergangenen Jahr zum Ausdruck.

Volker Sachse

☆

»Mittendrin das dumme Herz«, unter diesem Motto gestaltete Gisela Steineckert, unterstützt von Horst Kussicke, den Jahresabschluss der TIG **Berlin-Marzahn**.

90 bewährte, aktive Gestalter der täglichen Arbeit in der TIG **Marzahn** nahmen mit großer Aufmerksamkeit an dieser Veranstaltung teil. Zur Veranstaltung hatte sich die TIG Gäste aus dem öffentlichen Leben des Bezirkes eingeladen.

Es war eine Selbstverständlichkeit, dass die Anwesenden ihre Bereitschaft bekundeten, die

Beschlüsse des Vorstandes mit allen Kräften weiter zu unterstützen. **Marzahn** bleibt weiter aktiv und dankt besonders den Vertretern des Vorstandes die 2008 unsere Arbeit direkt unterstützten. Besonderer Dank wurde an den Vorsitzenden, an seine beiden Stellvertreter und an den Landesbeauftragten von Berlin gerichtet.

Der kulturelle Höhepunkt beeinflusste sehr die Gefühle der Anwesenden und verstärkte bei manchem Teilnehmer die Bereitschaft sich weiter aktiv in ISOR einzubringen. Zum Tag des Ehrenamtes wurden drei Mitglieder der TIG **Marzahn** für ihre ehrenamtliche Arbeit in der TIG **Marzahn** und in anderen gesellschaftlichen Vereinen durch die Vorsteherin der Bezirksordnetenversammlung **Marzahn-Hellersdorf** geehrt und ausgezeichnet.

Horst Reichardt

☆

Am 16.12. führte unsere TIG **Erfurt** die traditionelle Jahresabschlussveranstaltung durch, zu der alle Mitglieder eingeladen waren. Der Zuspruch zu unserer Veranstaltung war diesmal größer als in den vergangenen Jahren. Mit ca. 100 Mitgliedern waren fast doppelt so viel wie sonst erschienen. Der Bedarf am persönlichen Erfahrungsaustausch war groß.

Rolf Boller, Mitglied unseres Vorstandes, übermittelte und erläuterte die Information des erkrankten Landesbeauftragten **Willi Becker** über den Stand der Vorbereitung der juristischen Auseinandersetzung zu unseren Rentenproblemen.

Zur Arbeit in den Gruppen, insbesondere zur Gewinnung neuer Mitglieder sprach der TIG-Vorsitzende **Manfred Steinle**. Er bedankte sich im Namen des Vorstandes bei allen Mitgliedern und Betreuern für ihr Engagement im Jahr 2008. Besonders eindrucksvoll war für uns ein Grußwort des Vorstandes der befreundeten **GBM** an die Mitglieder unserer TIG. Die Versammlung klang mit einem gemütlichen Beisammensein aus.

Hans Baumann

☆

Die TIG **Frankfurt (Oder)** führte am 13.12.08 eine Mitgliederversammlung durch, auf der der Landesbeauftragte für das Land Brandenburg, **Gerd Röseberg**, sprach. Zu Beginn der Versammlung ehrten wir die im Jahr 2008 verstorbenen Mitglieder unserer TIG

Gerd Röseberg informierte ausführlich über den Inhalt der jetzigen Etappe des politischen und juristischen Kampfes um die Beseitigung des Rentenstrafrechts. Einen breiten Raum nahm dabei das Gutachten über die Einkommensentwicklung im **MFS** im Verhältnis zu anderen Bereichen in der DDR ein.

Unser Vorsitzender der TIG, **Claus Ohmert**, bedankte sich bei den Mitgliedern für die Treue und Ausdauer. Besonderer Dank galt den fleißigen Funktionären, die bei der Verteilung der ISOR-Zeitungen, bei der Kassierung und auch

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 5

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

bei persönlichen Problemen der Mitglieder Hilfe leisten.

Nachdem am 4. Dezember die Märkische Oderzeitung einen reißerischen Artikel mit dem Titel »Reinfall vor Gericht« zur Klage einer Witwe eines MfS-Angehörigen vor dem Berliner Sozialgericht veröffentlicht hatte, waren die umfangreichen Erläuterungen über den weiteren Klageweg sehr hilfreich.

Die Versammlung wurde in Bild und Ton aufgezeichnet und eine DVD davon erstellt. So haben auch die Mitglieder, die aus unterschiedlichen Gründen nicht an der Versammlung teilnehmen konnten die Möglichkeit, sich auf diesem Weg mit den neuesten Informationen vertraut zu machen.

Manfred Knöfel

Auf dem Büchermarkt:

Jochen Päßler

»Vor seinem Tode ... und danach«

Ein spannender Roman über die Sonnen- und noch mehr die Schattenseiten eines Kundschafterlebens.

Verlag Wiljo Heinen, Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin, Tel.: 030 / 47380259

Internet: www.gutes-lesen.de

ISBN 978-3-939828-34-1

Preis 14,- EURO

Aus der Postmappe:

Angeregt durch die Information von Werner Feigel aus Chemnitz über ein Museum zur Geschichte der Deutschen Volkspolizei (**ISOR aktuell** Nr.8/08 S.6) fuhr ich mit einem alten Freund und unseren Ehefrauen nach Pfaffroda/Erzgebirge. Dort trafen wir auf ein, wie es im Flyer des Betreibers, Herrn Erber, heißt: »Privates Polizeihistorisches Museum im Freistaat Sachsen, Polizeigeschichtliche Sammlung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und Organe des Ministeriums des Innern.«

Rund 270 Minuten führte uns Herr Erber äußerst sachkundig durch sein Reich und wir lernten eine bemerkenswerte Sammlung von Sachzeugen aller Art aus der Tätigkeit der DVP und der anderen Organe des Mdl der DDR kennen. Noch ist es kein Museum, dafür fehlen zur Zeit noch einige Quadratmeter Ausstellungsfläche, aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Mit dieser Sammlung möchte Herr Erber die Erinnerung an die Vergangenheit erhalten und an nachfolgende Generationen weitergeben. Im Flyer schreibt er: »Und die Erinnerung an unsere Vergangenheit ist es Wert erhalten zu bleiben. Denn diese ist ein Teil von uns.« Ich kann nur die Empfehlung geben durch einen Besuch in Pfaffroda und evtl. Übergabe weiterer Sachzeugen die wichtige Arbeit von Herrn Erber zu unterstützen.

Peter Fricker

AG Recht informiert:

Aufgrund vielfacher Anfragen veröffentlichen wir noch einmal den in ISOR aktuell 12/07 abgedruckten Muster-Antrag zu Zulagen und Zuschlägen:

Name, Vorname Wohnanschrift	Ort, Datum
--------------------------------	------------

Versorgungsträger (aus dem jeweiligen Entgeltbescheid ersichtlich)

Antrag auf Überprüfung Ihres Bescheides vom (Datum des letzten Überführungsbescheides) nach § 44 SGB X

*Sehr geehrte Damen und Herren,
mir ist bekannt, dass das im o. g. Bescheid ausgewiesene Arbeitseinkommen sich aus Dienstgrad, Dienststellung, Dienstalter, Zulagen sowie einigen Zuschlägen und Abgeltungen zusammensetzt, die ich als Entgelt für erbrachte Arbeitsleistungen bzw. im Zusammenhang damit erhalten habe. Im Einzelnen ist mir die Berechnung nicht erläutert worden. Ich beantrage deshalb :*

eine Überprüfung des o. g. Bescheides und Erteilung eines neuen Bescheides, in dem meine Zuschläge und Abgeltungen für die Zeit meiner Zugehörigkeit zum Sonderversorgungssystem als Arbeitseinkommen ausgewiesen werden.

Begründung:

Das BSG hat in seiner Entscheidung vom 23.08.2007 - B4 RS 4/06 R festgestellt, dass als Verdienst das erzielte Arbeitsentgelt zugrunde zu legen ist. Sie verweist insoweit auf § 14 SGB IV. Ich habe die Zuschläge und Abgeltungen als Gegenleistung für erbrachte Arbeitsleistung bzw. im Zusammenhang damit erhalten und mache mir deshalb die genannte Entscheidung zu eigen.

Berichtigung: Die richtige E-Mail-Adresse für Bestellungen des Buches »Offiziershochschule ... Ernst-Thälmann« (sh. **ISOR aktuell** 12/08) lautet: juergen@kiewel-online.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 19.12.2008

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.01.2009

Einstellung im Internet: 06.02.2009

Auslieferung: 12.02.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr